

Die SPD droht
zu erstarren

Auf dem Weg zur Funktionärspartei

Peter Lösche

Wer über die Zukunft einer Partei schreiben will, muss zunächst und zuerst ihre Gegenwart analysieren, aus der Geschichte kommenden Tendenzen nachspüren und zudem die sich wandelnden Strukturen von Parteiensystem, politischem System und Gesellschaft im Blick haben und mitdenken – eine schier unlösbare Aufgabe. Was also tun? Ein Ausweg bietet sich an, indem die aktuellen Herausforderungen herausgearbeitet werden, mit denen eine Partei – in unserem Fall die SPD – konfrontiert ist, mit denen sie umgehen und auf die sie unter Umständen Antworten suchen muss. Eben dieser Weg wird im Folgenden eingeschlagen. Dabei wird um der Deutlichkeit der Argumentation willen zugespitzt.

Erstens: Das altindustrielle, facharbeiterlich sozialdemokratische Milieu zerbröckelt bekanntlich zusehends, jene alte Hochburg und Heimat, in der die SPD Wähler, Mitglieder, Funktionäre und auch Führungspersonal rekrutierte. Sozialstrukturell gesprochen: Die SPD verbürgerlicht. Konkret: Von 1980 bis 1998 hat der Anteil der Arbeiter unter ihren Mitgliedern um 39 Prozent abgenommen. Zugleich stieg absolut und relativ die Zahl der kleinen und mittleren Angestellten, auch der Selbstständigen, kurz der Angehörigen der Mittelschichten. Viel gravierender ist die Tatsache, dass die Ausfächerung und Heterogenisierung der Lebensstile in den siebziger und achtziger Jahren auch die SPD ergriffen haben. Damit ist jener Spagat angesprochen, der der SPD nicht nur zwischen

verschiedenen Wählergruppen auf dem politischen Markt gelingen muss, wenn sie Wähler gewinnen will, sondern auch jener, der zu innerparteilichen Verrenkungen führt: Die alte soziale Frage ist angesichts der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik so aktuell wie eh und je, und postmaterialistische Themen und yuppiehafte Einstellungen und Begehrlichkeiten stehen zur gleichen Zeit auf der Tagesordnung. Dieser Spagat wird immer schwieriger. Am Wahltag entscheidet nicht nur die so genannte Neue Mitte, sondern vor allem die Stammwähler wollen umhegt und gepflegt sein, müssen mobilisiert und an die Wahlurne gelockt werden. Auch wenn das alte sozialdemokratische Milieu zerfällt, so wird doch von vielen die SPD aus Tradition, Gewohnheit und stets noch wirksamer Parteiidentifikation erkoren.

Zweitens: Die SPD verliert kontinuierlich Mitglieder, die Neueintritte machen die Austritte, vor allem die Todesfälle schon längst nicht mehr wett. Hatte der Marsch der 68er durch die Institution SPD die Mitgliederzahl Ende der siebziger Jahre auf über eine Million schnellen lassen, so sank sie 1980 unter die Millionengrenze, liegt heute bei knapp über 700 000 – und die Unterschreitung der 500 000er-Marke ist absehbar. Für das Parteileben mindestens so problematisch: In gleicher Schnelligkeit sinkt die Zahl der Parteiaktivisten, der Funktionäre.

Drittens: Die größte Herausforderung für die Sozialdemokratie liegt in ihrer

Überalterung, in dem, was in hitzigen innerparteilichen Debatten Ende der Weimarer Republik als „Vergreisung und Verkalkung“ bezeichnet worden ist. Mit Vergreisung und Verkalkung ist zunächst natürlich Überalterung im physischen Sinn gemeint, dann aber auch im übertragenen Sinn Ermattung, Unbeweglichkeit, Verknöcherung, Mangel an politischer Lebendigkeit.

Nur 5,16 Prozent der sozialdemokratischen Mitglieder sind heute unter fünfzig Jahre alt, nur 10,32 Prozent unter 35, aber 35,19 Prozent über sechzig. Von 1980 bis 1998 hat der Anteil der unter 35-Jährigen um 62 Prozent abgenommen, der Anteil der 35- bis 49-Jährigen um 25 Prozent. Hingegen stieg der Anteil der über Sechzigjährigen um neunzehn Prozent. Ausdruck für die besondere Überalterung der SPD ist die Tatsache, dass ihr Mitgliederrückgang dreimal schneller als der der CDU/CSU verläuft. Die Altersstruktur der sozialdemokratischen Funktionäre in den Ortsvereinen dürfte der der Mitglieder ähneln. Es dominieren vielerorts die Pensionäre des öffentlichen Dienstes. Hin und wieder lässt sich ein BWL-Student blicken, um nach Karrierechancen zu schnuppern. Doch wehrt sich so mancher Ortsverein dagegen, junge Leute hineinzulassen: Das Machtgleichgewicht, das sich in den letzten Jahrzehnten austariert hat, könnte gestört werden.

Verlust einer Generation

Die Parteilite wird von den 68ern dominiert. Das gilt für die Funktionäre im Ortsverein, die mittlere Parteilite, die die Parteitage bevölkert, und für Parteivorstand und Präsidium. Die Enkel feiern heute ihren sechzigsten Geburtstag. Gerade die Parteiführung ist auf nur eine Generation verengt, was entscheidend zur Erstarrung und Verkalkung beiträgt. Hinter den 68ern gähnende Leere, ein schwarzes Loch. Den Sozialdemokraten ist fast eine

ganze Generation verloren gegangen, die sozial bewegt und ökologisch motiviert für die Grünen optiert hat.

Auf der anderen Seite des Abgrunds: die „Youngsters“, die sich selbst so deklariert haben. Von den 298 Mitgliedern der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion sind am Wahltag 1998 36 jünger als vierzig Jahre gewesen, eben die „Youngsters“. Außer ihrem Alter werden sie durch wenige Gemeinsamkeiten zusammengehalten. Eine politische Bewegung, die zielgerichtet wäre und bestimmte politische Inhalte anstrebte, geht von ihnen nicht aus. Ausnahmen bestätigen die Regel: Zu ihnen gehören der niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel, die ostdeutschen Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee und Matthias Platzeck.

Überalterung schlägt sich dann – im übertragenen Sinn – in psychologischer und institutioneller Verkalkung nieder. Am Parteileben nehmen nur zehn Prozent der Mitglieder teil. Dies entspricht dem Anteil der Funktionäre an der Mitgliedschaft. Ortsvereinssitzungen sind keine Mitglieder-, sondern Funktionärsversammlungen.

Kaum Kontraste

Von den in den siebziger Jahren berühmt-berüchtigten innerparteilichen Arbeitsgemeinschaften gehen heute keine organisatorischen, strategischen, politischen oder intellektuellen Anstöße aus. Sie agieren bestenfalls als Mitspieler im innerparteilichen Machtpoker, sie gelten als Karrieresprungbrett oder Hausmacht. Eine Spaltung zwischen Links und Rechts, zwischen Modernisierern und Traditionalisten, die Bewegung, Unruhe und Vorwärtsdrängen bringen würde, ist in der SPD nicht so recht auszumachen. Konzeptionelle Entwürfe und Kontraste sind weit und breit nicht zu sehen. Der angebliche Gegensatz zwischen Linken und Rechten, Modernisierern und Tra-

ditionalisten ist in Wirklichkeit häufig ein Produkt von Medieninszenierungen.

Zur Verknöcherung der Partei trägt bei, dass der Anteil der Angehörigen des öffentlichen Dienstes unter den Mitgliedern, besonders aber unter den Funktionären hoch ist und angesichts der sinkenden Mitgliederzahlen noch steigt. Dadurch werden nicht nur bürokratische Verhaltensweisen und Einstellungen in der Partei verfestigt. Vielmehr suchen Beamte wie öffentliche Angestellte innerhalb der Partei ihre Karriere zu befördern, aufzusteigen oder doch wenigstens ein kommunales Mandat zu ergattern. Es geht also auch um Patronage, was völlig legitim ist. Aber: Derartigen Patronageorganisationen wohnt die Tendenz zur Abschottung inne, man lässt potenzielle Konkurrenten um Einfluss, Aufstieg und Mandate vor der Tür stehen.

Professionalisierung

Viertens: Professionalisierung der Politik war, ist und bleibt für die Sozialdemokratie, in der immer noch die Wärme des traditionellen Milieus nachschwingt, eine Herausforderung. An einem Beispiel erläutert: Den alten Parteisekretär, aus der Facharbeiterschaft hervorgegangen, der in, für und von den Organisationen und Vereinen der Arbeiterbewegung lebte, der einflussreich in der innerparteilichen Willensbildung und als „Bonze“ verschrien war und doch als Urgestein bewundert wurde, ihn findet man heute nicht mehr. Sein Nachfolger, der „Profi“, wirkt dagegen blass. Er kommt häufig aus kleinbürgerlichen Verhältnissen, ist nach erfolgreichem Studium der SPD beigetreten, beherrscht sein Arbeitsgebiet, er ist innerparteilich aber längst nicht so einflussreich wie der Parteisekretär und wird von seinen Parteifreunden als reiner Dienstleister angesehen.

Professionalisierung schlägt auch bei den Fraktionen voll durch – mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Parteiorganisation. Die Mitarbeiter der Fraktionen und die der einzelnen Abgeordneten entwickeln sich immer mehr zum organisatorischen Rückgrat der Partei. Die Wahlkreisbüros der Abgeordneten wandeln sich zu Servicezentren, in denen der regionale Parteisekretär zwar auch ein Büro, nicht aber eine herausgehobene Stellung hat. Auch finanziell lebt die SPD – neben Mitgliedsbeiträgen und staatlichen Mitteln – von den Parteisteuern ihrer Abgeordneten, Minister, Dezernenten und Bürgermeister.

Organisationsverhalten

Fünftens: Als eine besondere Herausforderung für die Sozialdemokratie, die einst von praktizierter Solidarität zusammengehalten worden ist, stellt sich ein ganz neuartiges Organisationsverhalten heraus, das sich bei den jüngeren Alterskohorten findet und das den Werbestrengungen aller Parteien, neue Mitglieder zu gewinnen, entgegensteht. Bei den Jüngeren hat sich eine Abneigung gegen Großorganisationen wie Kirchen, Gewerkschaften und Parteien und gegen dauerhafte Bindung durchgesetzt. Stattdessen assoziiert man sich punktuell, ad hoc und kurzfristig, um ein bestimmtes Ziel durchzusetzen und dann wieder auseinander zu gehen.

Zieht man die Summe aus den angesprochenen Entwicklungen und Herausforderungen, mit denen die SPD konfrontiert ist, lässt sich mit aller Vorsicht einiges über ihre Zukunft sagen: Hinter dem schützenden Etikett, dass die deutsche Sozialdemokratie Volkspartei bleibe, entfalten sich in der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit neue Strukturen und veränderte politische Inhalte sowie Parteifunktionen, sodass von einem neuen Typus von Partei gesprochen werden kann. Er ist im Entstehen und signalisiert

siert – übrigens auch für die andere konkurrierende Großpartei, die CDU – das Ende der traditionellen Mitglieder- und Funktionärspartei.

Der neue Parteitypus kann mithilfe von drei Indikatoren skizziert werden.

Neuer Parteitypus

Erstens: Die neue SPD stellt sich als Medienpartei dar. Die nationale Parteiführung kommuniziert mit den Mitgliedern, aber auch mit den Sympathisanten und ihren Wählern über die Medien. Dadurch werden die traditionellen Wege innerparteilicher Willensbildung, wird das Delegiertensystem umgangen. Die Parteifunktionäre verlieren an Einfluss und Macht.

„Innerparteiliche Demokratie“ wird in ihrer bisherigen Form infrage gestellt: Es waren einst die Parteifunktionäre, die zwar nicht die Willensbildung von unten nach oben vollzogen, die aber auf Grund ihrer organisatorischen und politikinhaltlichen Kompetenz in der Lage waren, Machtzentren innerhalb der Partei und damit auch die Parteiführung zu kontrollieren. Sie vermochten durch innerparteiliche Gruppen- und Fraktionsbildung konkurrierende Eliten als personelle Alternative zu präsentieren. Dabei verläuft heute die Kommunikation zwischen Führung und Basis keineswegs nur einseitig. Vielmehr kommt Meinungsumfragen unter Parteimitgliedern, die nicht zuletzt von Medien durchgeführt werden, zunehmende Bedeutung zu. Mitgliederumfragen stellen eine Art und Weise dar, in der die Basis sich gegenüber der Parteiführung äußert.

Dienstleistungs- und Fraktionspartei

Zweitens: Die SPD wird immer mehr zu einer professionellen Dienstleistungsorganisation. Es gehört zur Folklore der SPD, dass Funktionäre während eines Wahlkampfes Plakate kleben oder dass

man eine Parteikarriere als „Treppentier“ beginnen muss, nämlich als Unterkassierer von Beiträgen im Ortsverein. In Wirklichkeit werden Plakate heute von Werbeagenturen geklebt, und Parteibeiträge laufen automatisch über das Girokonto in die Kassen der Schatzmeister. Die sich zunehmend professionalisierende Partei erbringt vor allem drei Dienstleistungen:

- Sie führt und finanziert Wahlkämpfe.
- Durch sie wird die politische Elite ausgewählt, werden Kandidaten für Ämter bestimmt.
- Und die Partei regiert, indem sie in den verschiedenen Parlamenten als Fraktion sitzt und Personal für die Exekutive, für Kommunalverwaltungen und für Kabinette auf Landes- und Bundesebene stellt.

Drittens: Die SPD wandelt sich zunehmend zu einer Fraktionspartei. Das Machtzentrum, aber auch die organisatorischen und finanziellen Ressourcen finden sich in den Fraktionen der Parlamente und in den Kabinetten sowie kommunalen Dezernaten. Generell gilt: Es sind die Parteien, die „regieren“ (im breiten Sinn von *to govern*), Parteifunktionäre werden Mitglieder von Parlamenten beziehungsweise von Kabinetten und exekutiven Behörden. Parteifunktionen, Mandate in Parlamenten und Ämter in der Exekutive werden kumuliert. Auf Grund dieser Ämterhäufung bilden sich die innerparteilichen Machtzentren heraus. Der Primat der Parteioorganisation, wie wir ihn aus der Geschichte der Sozialdemokratie kennen, wird endgültig aufgehoben. In den *parties in government*, den *parties in public office*, in den Fraktionen, Kabinetten und Verwaltungen liegt das eigentliche Machtzentrum der Partei.

Der neue Typus von Partei, der sich herausbildet und die Volkspartei SPD als Mitglieder- und Funktionärspartei ablöst, enthält also die drei Elemente Medien-

partei, professionalisierte Partei und Fraktionspartei.

Gedämpfter Optimismus

Schemenhaft zeichnet sich die Zukunft der SPD in diesem Parteytypus ab. Sind Vergreisung und Verkalkung, Ende der Mitglieder- und Funktionärspartei, Professionalisierung und Entfaltung der Medien- und Fraktionspartei unausweichlich, schicksalsgegeben? Die Entwicklungsrichtung ist unverkennbar. Dennoch bleibt für die Partei gedämpfter Optimismus. Es gibt keinen Grund, in politisch-kulturpessimistisches Jammern zu verfallen. Denn die SPD ist noch lange kein Schwebegewächs über der Gesellschaft, abgekoppelt von ihr. Vielmehr kann Professionalisierung auch positiv gesehen werden, etwa in der alltäglichen Praxis von sozialdemokratischen Abgeordneten auf allen Ebenen des politischen Systems. Die Wahlkreisarbeit steht bei Mitgliedern des Bundestages und der Landtage an erster Stelle. Diese sind fest in das Netzwerk nicht nur ihrer Partei, sondern der Vereine und Nachbarschaften vor Ort eingebunden. Dies gilt erst recht für die Kommunalpolitiker. Natürlich ist das alte sozialdemokratische Milieu mürbe. Mediatisierung und Aggregation von Interessen und Bedürfnissen verlaufen nicht mehr automatisch, sind vielmehr mühselige Arbeit – aber sie findet nach wie vor statt, etwa durch die Abgeordneten.

Zudem sind der SPD und generell den Parteien zwei zentrale Funktionen geblieben, die Elemente von Interessenmediatisierung und -aggregation enthalten. Erstens nominieren Parteien Kandidaten, und sie nehmen an Wahlen und Wahlkämpfen teil. Dabei müssen sie die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse, die sich in der Gesellschaft finden, um den Preis des Wahlsieges beachten, berücksichtigen oder sogar aufnehmen. Und Gleiches gilt für die zweite zentrale

Funktion, die die Parteien nach wie vor wahrnehmen, nämlich in Parlamenten, Kabinetten und Kommunen zu regieren.

Funktionsverschiebung

Geht man von diesem Sachverhalt aus, dann wird hier für ein neues Verständnis, für eine neue Definition von „Partei“ plädiert, die nicht mehr reduktionistisch auf die Parteiorganisation beschränkt ist, sondern *party in public office*, die Partei in Parlamenten, Kabinetten und kommunaler Selbstverwaltung, einschließt. Aus dieser Perspektive ergibt sich dann kein dramatischer Funktionsverlust der Partei(organisation), sondern vielmehr die Funktionsverschiebung von der Parteiorganisation hin zur „Fraktionspartei“.

Schließlich kann die SPD den Aussehungs- und Wandlungsprozess, dem sie unterworfen ist, selbst beeinflussen, sogar steuern. So ist unter den Wählern eine große Bereitschaft vorhanden, sich an den Angelegenheiten der *res publica* zu beteiligen; die Partizipationsbereitschaft ist nie größer gewesen als heute. Aber: Politisch motivierte Bürger müssen durch Politik-inhalte gewonnen, können durch politische Ziele überzeugt werden, selbst wenn sie skeptisch gegenüber den traditionellen Großorganisationen sind. Das bedeutet für die SPD, dass sie trotz des allgemeinen Trends hin zur professionalisierten Medien- und Fraktionspartei nicht programm- und profillos, nicht konzeptionell verwechselbar mit anderen Parteien werden darf.

Zwar spielen große Programme heute weder nach innen integrierend noch nach außen Wähler anziehend eine Rolle. Die Bedeutung von Programmen ist immer maßlos überschätzt worden. Eine Partei wie die SPD aber wird nur dann erfolgreich auch in Zukunft Wähler gewinnen, wenn sie bestimmte, in der Gesellschaft eingrenzbar, partikulare Interessen und Bedürfnisse vertritt und artikuliert, konkret: wenn sie als Partei der „kleinen

Leute“, des Sozialstaates und *zugleich* als Trägerin von Modernisierung auftritt. Diese Grundposition hat sich in den jeweils aktuellen politischen Konflikten, den *issues*, niederzuschlagen. Nur auf diese Weise vermag die Sozialdemokratie ihre Stammwähler zu mobilisieren, die es – trotz Erosion des solidargemeinschaftlichen Milieus – noch gibt und deren Stimmabgabe oder Wahlabstinz Wahlentscheidet. Es kommt eben nicht nur auf den Spitzenkandidaten, die Wahlkampfmanager und die Medienkampagne, sondern wesentlich auf die politischen Inhalte an.

Auch in anderer Hinsicht sieht das Bild nicht ganz so düster für die Sozialdemokratie aus, wie es zunächst nach unserer Argumentation erscheint. Warum sollte die SPD nicht auf 500 000 Mitglieder im nächsten Jahrzehnt abschmelzen und dennoch die Zentralfunktionen – *to elect*,

to govern – wahrnehmen? Zudem: Die Wähler der SPD sind nicht überaltert und vergeist wie die Mitglieder und Funktionäre. Auch wenn der CDU, der FDP und den Rechtsextremisten der Einbruch in jüngere Wählerkohorten in letzter Zeit gelungen ist, so mischt die SPD nach wie vor deutlich mit. Ferner hat die SPD unter den deutschen Parteien die größte Erfahrung, mit sozial und kulturell heterogenen Wählergruppen umzugehen, sie zu integrieren. Nicht zufällig, sondern unter anderem auf Grund dieses Sachverhaltes ist die Partei – im Unterschied zur CDU – nach allen Seiten koalitionsfähig und vermag am ehesten parlamentarische Mehrheiten zu schmieden. Oder anders formuliert: Die SPD befindet sich zwar auf einem Weg, der zum Ende der Mitglieder- und Funktionärspartei führt. Doch damit ist nicht das Ende der deutschen Sozialdemokratie eingeläutet.

Ältester Ethikrat des Abendlandes

„Für noch Unentschlossene bieten schließlich die Sozialdemokraten den Griff in eine Art Wundertüte der Bioethik, aus der man sich wahlweise Herta Däubler-Gmelins Totalverbot und Edelgard Bulmahns ergebnisoffene Nachdenklichkeit herausfischen darf – bis der Ethikrat des Kanzlers entschieden hat. Die einzige Institution, die sich in diesem Wettlauf der Positionen und Güterabwägungen fundamental eindeutig und ablehnend verhält, ist der älteste Ethikrat des Abendlandes: die Kirche. Das kann sie, weil sie keine Wahlen gewinnen muss und ihre Ideale lange vor Herausbildung der heutigen Realitäten formuliert hat. Dagegen ist die Politik zur hektischen Nachlaufkritik verurteilt. Parteien und Parlamente werden sich wahrscheinlich nicht an die Kirche halten – aber ethisch kann sich niemand herausreden, es hätte keine schlüssige Alternative gegeben.“

(Michael Mönninger am 17. Mai 2001 in *Die Welt*)